

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg N. 1.50.
Durch die Post im Ort- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Verkehrsgebiet 1.80 mit
Postzuschlag. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt behält
ein Aufseher auf Lieferung der
Zeitung oder auf Wiederherstellung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Austägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher N. 4.
Strohkate Nr. 24 bei der Oberamts-
Oberkasse Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Meed'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Nr. 28

Freitag den 3. Februar 1933

91. Jahrgang

Hitler vor dem Reichsrat

W. Berlin, 2. Febr. In der Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag nachmittag stellte sich der neue Reichkanzler Hitler den Vertretern der Länder vor. Der Andrang von Publikum und Presse zu dieser Reichsratsitzung war sehr stark. Reichkanzler Hitler erschien in Begleitung des Reichsinnenministers Dr. Frick und begrüßte zunächst die einzelnen Bevollmächtigten des Reichsrats durch Handschlag. Die nationalsozialistischen Minister Sandel (Thüringen) und Klages (Braunschweig) nahmen selbst an der Reichsratsitzung teil.

Der Reichkanzler

übernahm dann den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er den Reichsrat namens der Reichsregierung begrüßte. Wir haben die Regierung übernommen, so erklärte er, der Kanzler, in der vielleicht schwersten Zeit der deutschen Geschichte. Es gehört ein sehr großer Glaube dazu, in einer solchen Stunde nicht zu verzweifeln, sondern im Gegenteil mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft zu blicken.

Drei Gründe sind es, die uns dabei bewegen: Erstens vertrauen wir auf die Kraft und den Fleiß des deutschen Volkes. Wir vertrauen zweitens auf die Fähigkeiten und die Genialität dieses Volkes, die immer wieder in der Geschichte Wege gefunden hat zur Lebensbehauptung. Drittens sehen wir trotz aller Krise und Katastrophen unverändert vor uns die deutsche Erde, den deutschen Boden. Und wenn es früheren Generationen möglich war, aus diesen drei Kraftquellen durch wechselvolle Schicksale hindurch am Ende dieses große Reich zu gestalten, das wir einst erlebt hatten, dann muß es, das ist die Überzeugung der neuen Regierung, auch uns möglich sein, aus denselben Wurzeln dieselbe Größe wieder zu ziehen und auch einst wieder zu gestalten.

Damit möchten wir aber nicht nur aufbauen auf diesen ewigen Fundamenten unseres völkischen Daseins, sondern selbstverständlich auch aufbauen auf all dem, was sich im Laufe dieser neuen Geschichte an Werten und Tradition gebildet hat. Wir möchten diese Werte und Traditionen nicht allein sehen auf dem Gebiet unserer Kultur oder Wirtschaft, sondern selbstverständlich auch auf dem Gebiet unseres staatlichen Lebens. Wir wollen nicht darüber hinweggehen, was eine vielhundertjährige deutsche Geschichte an Baustrümen für dieses Reich geschaffen hat. Im Gegenteil, wir wollen nicht etwa in die Fehler verfallen, zu reglementieren und zu zentralisieren, was man reglementieren und zentralisieren kann, sondern wir wollen uns immer vor Augen halten, daß einseitlich das gemacht werden muß, was unbedingt erforderlich ist. Wir möchten gern dabei auf die Mithilfe der Länder rechnen, wir möchten nicht nur ideal, sondern auch tatsächlich unterstützt werden, wie auch wir entschlossen sind, alles zu tun, um diese historischen Bauwerke des Deutschen Reiches lebensfähig zu erhalten. Es wird das um so eher gelingen, je mehr Reich und Länder in der großen Erkenntnis der zwingenden Not unserer Zeit zusammenstehen.

Die heutigen Kabinettsberatungen

Die personellen Regelungen in Preußen

Berlin, 2. Febr. (Sig. Meld.) Die heutige Sitzung des Reichskabinetts dauerte von 6 bis gegen 1/9 Uhr abends. Von unterrichteter Seite wird nur mitgeteilt, daß die allgemeine Aussprache über die politische Lage fortgesetzt wurde und daß heute noch keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Das gelte auch für die Personalfragen. Ursprünglich hatte man erwartet, daß heute abend einige personelle Dinge entschieden würden, namentlich in Preußen. Die kommissarische Befragung der preussischen Ministerien entscheidet aber nicht das Kabinett, sondern der Reichskommissar, also Bischoff von Bayern. Offenbar handelt es sich auch nur noch darum, zwei preussische Ministerien neu zu besetzen, nämlich das Kultusministerium, bei dem steht Prof. Köhler ausscheidet, und das Justizministerium. Im übrigen wird das preussische Innenministerium ja von Reichsminister Götzing betreut. Das Finanzministerium behält Finanzminister Bopp. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, an dessen Spitze Staatssekretär Ernst steht, ist ohnehin dem Reichswirtschaftsminister, das preussische Landwirtschaftsministerium mit Staatssekretär Ruffel dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft unterstellt. Aus dem Ganzen ergibt sich, daß wichtiger als diese personellen Dinge die Fragen des Programms sind. Die Beratungen darüber sind jetzt offenbar schon recht weit gediehen. Sie gehen in den nächsten Tagen weiter.

Abänderung des Reichswahlgesetzes

W. Berlin, 2. Febr. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Ausländische Deutsche, die sich am Wahltag im Inlande aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmzettel ausgefüllt erhalten. Das gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausangehörigen, ferner die Befugung von See- und Binnenwasserfahrern, die für keinen festen Wohnort vollständig gemeldet sind. Damit wird Reichsdeutschen, denen man billigerweise die Ausübung des Wahlrechts nicht vorenthalten kann, die Möglichkeit zur Beteiligung an der Wahl eröffnet. Weiterhin sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen. Kleine, völlig unbedeutende

Ich bin selbst aus dem Süden, gehöre als Staatsbürger einem norddeutschen Staat an, fühle mich aber als Deutscher und lebe in der deutschen Geschichte. Ich will nicht über die großen und historischen Taten und Leistungen dieser Geschichte blind hinweggehen, sondern im Gegenteil alles das respektieren, was frühere Generationen auch in der geschichtlichen Bildung unseres Staates vollbracht haben in der Hoffnung, daß dann um so mehr spätere Generationen auch das respektieren werden, was wir selbst zu leisten gedenken. Der Reichkanzler hat zum Schluß den Reichsrat um eine Zusammenarbeit in dem Sinne, den die Not der heutigen Zeit uns allen auferlegt.

Ministerialdirektor Dr. Vreht

wies in seiner Entgegnung zunächst darauf hin, daß im Reichsrat in hohem Maße eine besondere deutsche Tradition zu Hause sei. Das gilt, so erklärte er, auch für den Geist der Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Reichsrats und zwischen ihnen und der Reichsregierung. Der Reichsrat soll der Anker im deutschen Meer sein. Motor, Feder und Lenker zu sein, ist nicht seine Aufgabe. Er soll ein Hort strenger Sachlichkeit sein. Im Reichsrat sammeln sich die Erfahrungen und Stimmungen der deutschen Länder und Landschaften. Wir bitten Sie, Herr Reichkanzler, sich dieses hohen Wertes dieser Einrichtung bewußt zu sein und sich ihrer zu bedienen, wie es dem Reichsrat nach der Verfassung und seinen Aufgaben zukommt.

Die Arbeit des Reichsrates ist durch einen besonderen Umstand zurzeit fühlbar beeinträchtigt. Durch das Vorgehen des Reiches in Preußen ist nicht nur das Verhältnis des Reiches zu Preußen, sondern auch zu den anderen Ländern in Mitleidenschaft gezogen. Der Reichsrat hat den Wunsch, daß diese anormale Lage so schnell wie möglich verfassungsmäßig beseitigt wird. Sie haben, Herr Reichkanzler, den schweren Schritt zum Führer einer in harter Opposition gewordenen Bewegung zum verantwortlichen Leiter der Politik getan. Das ist — wir fühlen es alle — auch für Sie persönlich ein überaus erster Entschluß. Denn er bedeutet, daß Sie die schwere Pflicht übernommen haben, Ihre Kraft für das Wohl des ganzen Volkes einzusetzen, die Verfassung und die Gesetze zu wahren, die Ihnen danach obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Ihre Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann zu führen. In diesen schweren Aufgaben wird Ihnen der ganze Reichsrat stets eine starke und verständnisvolle Stütze sein.

Dr. Vreht hob weiter hervor, daß der Reichsrat besonderen Wert auf positive Mitarbeit bei der Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit lege und hat in diesem Sinne den Reichkanzler um möglichst enge Zusammenarbeit. Gleichzeitig dankte er dem Reichkanzler dafür, daß er so schnell persönlich die Gelegenheit ergreifen habe, sich dem Reichsrat vorzustellen.

Der Reichkanzler verneigte sich, reichte Ministerialdirektor Dr. Vreht die Hand und verließ den Saal. In Erledigung der Tagesordnung nahm der Reichsrat eine Verordnung über Änderungen der Regelung des Kraftabzugsverkehrs an.

Wählergruppen, die vielfach über keinerlei örtliche Organisation verfügen, hatten teilweise unter offenbarem Mißbrauch des Wahlgesetzes, die Aufnahme ihrer Wahlvorschläge in den amtlichen Stimmzettel erreicht. Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge so viel Unterschriften aufbringen, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000. In diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 30 Unterschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Verbands- oder Anschließ an einen Kreiswahlvorschlag innerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

Zentrumsproteste bei Hindenburg

Berlin, 3. Febr. Prälat Dr. Kaas hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Schreiben gerichtet:

Zehr verheißt Herr Reichspräsident!

In der Auflösungsverordnung des gestrigen Tages wird als Grund für die vollzogene Auflösung angegeben, daß sich die Bildung einer arbeitstüchtigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe. Die Deutsche Zentrumspartei nimmt Veranlassung, gegen diese den tatsächlichen Vorgängen nicht entsprechende Begründung Einspruch einzulegen, da die mit ihr begonnenen Besprechungen seitens der Regierung sachlich nicht weitergeführt worden sind und ohne sichhaltigen Grund vor Herbeiführung einer wirklichen Klärung abgebrochen wurden.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Durch die Begründung der Auflösungsverordnung, daß sich die Bildung einer arbeitstüchtigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, sehe ich mich gezwungen, bezüglich der Bayerischen Volkspartei sachlich zu widersprechen und festzustellen, daß die BVP, die ihren grundsätzlichen Willen zur Mitarbeit an nationalen Wiederaufbau bekannnt wissen mußte, überhaupt zu Verhandlungen nicht herangezogen worden ist.

Berlin, 2. Febr. Die Zahl der Grippekranken und damit der Andrang zu den städtischen Krankenhäusern hat derart zugenommen, daß die Gesundheitsverwaltung der Stadt Berlin Hilfsärzte und Hilfsärzte eingestellt hat.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Veranschaulichung über deren Raum 25 Pf., Kolonialzeitung 30 Pf., Kolonialzeitung 100 Pf., Zuschlag, Offerte und Aufnahmestelle 20 Pf., bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens fünfzig Pf. beträgt, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Fortführungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenburg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Aufs Ganze!

S. Berlin, den 2. Februar 1933.

Das ist eine politische Lösung, die von schneller und höherer Entschlußkraft zeugt. Sie kam so überraschend und plötzlich, wie vor mehr als einem halben Jahre haben seine Hand auf Preußen lagte. Sie erinnert in der Rücksichtlosigkeit und Zielsetzung an Mussolinis Maßnahmen gegenüber seinem Parlament nach dem Marsch auf Rom. Der Sinn dieser Entscheidung ist ganz klar. Es soll eine nationale Mehrheit im Parlament geschaffen werden, die sich bedingungslos den Führern unterordnet, die aus der weltanschaulichen Gesamtsicht gegen den Parlamentarismus den Reichstag auslöschen würde, damit die Männer in der Regierung ungebremst von Fesseln der Parteibürokratie ihr Werk in Angriff nehmen und durchführen können.

Der Weg, der jetzt beschritten wird, hat als Ziel die tatsächliche Diktatur Hitlers und Papens. Er ist aber verfassungsrechtlich völlig unangreifbar, weil — immer den Erfolg vorausgesetzt — das diktatorische Verhalten der neuen Männer auf der Zustimmung einer parlamentarischen Mehrheit beruhen würde. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Rechnung stimmt, daß die tiefe Freude über die endlich erzielte Einigung der nationalen Parteien der Bewegung den entscheidenden Antriebs gibt, die die Führung der Parteien entziehen und entschlossenen Männern übertragen will. Wenn wenige Wochen nach dem historischen 30. Januar die Wähler noch einmal an die Wahlurnen schreiten, so werden sie weniger nach den ersten Taten fragen. Sie werden vielmehr einig von dem Willen geleitet sein, den Männern, denen die Millionen blindlings vertrauen, im letzten Anlauf die entscheidenden Vollmachten zu geben. „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“ — unter dieser Parole konnte der Reichspräsident im April eine Mehrheit der Wähler hinter sich stellen. „Mit Hindenburg und Hitler für ein neues Deutschland!“ — daß unter diesem Schlußsatz eine neue nationale Front die Gegner hinter sich lassen würde, das kann mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Man darf ja auch nicht übersehen, daß die Nationalsozialisten zum ersten Mal ihren eigenen wirkungsvollen Propaganda-Apparat mit den Reichsmitteln und Einflußmöglichkeiten des Regierungssapparates verbinden können. Diese Tatsache, die Parole für Hindenburg und Hitler und die Hoffnung von Millionen Bergarbeiter, daß es nun endlich besser werden könnte, werden ihre Anziehungskraft auf die Wähler in andern Lagern und auf die immer noch vorhandenen Millionen von Rückwärtlern kaum verfehlen.

Man wird also mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß am Ende dieser Entwicklung den Tatsachen nach die Errichtung eines faschistischen Systems in deutscher Form stehen wird. Es wird gefürchtet sein — wie sich jetzt immer klarer heraushebt — von dem Konsulnpaar Hitler und Papen, die die schwere Bürde der Verantwortung auf ihre Schultern laden wollen und hinter denen die Fachmänner in der Regierung, wahrscheinlich mit Einschluß von Brüning, in die zweite unwiderrufbare Linie treten werden.

Wenn die Hoffnungen sich erfüllen, mit denen die neuen Männer diesen Weg beschreiten, so wäre das politische Problem Deutschlands auf eine schnelle und glückliche Weise gelöst. Ohne Präzedenzfall und Revolution ohne Verletzung der Verfassung können wir vom Parteienkaat los und zu einer Staatsführung, die nicht mehr auf Organisationen, sondern auf Männern gestützt wäre. Hindenburg müßte sich den Männern zu heiligem Dank verpflichtet fühlen, die ihn an das Ziel seiner eigenen politischen Wünsche geleitet, ohne ihn in den tiefsten Gewissenskonflikt zu stürzen.

Mit der Lösung des politischen und staatsrechtlichen Problems ist aber nur ein neuer Ausgangspunkt geschaffen. Die Rechtfertigung vor der Geschichte werden die mutigen Männer, die jetzt an der Spitze des Reiches stehen, erst dann erfahren, wenn sie die neue Form auch mit dem rechten Inhalt zu erfüllen wissen. Das ist das erste Problem des einzigen Weges, auf dem die machtpolitischen und massenpsychologischen Voraussetzungen gegeben sind, zu meistern suchen und auch meistern werden — das Wünte die Hoffnung befeuern, daß sie die angebotenen Machtvollkommenheiten auch in der rechten Weise zu nutzen wissen werden. Immerhin: die entscheidenden Schwierigkeiten beginnen erst nach dem 1. März. Dann muß sich zeigen, ob die neuen Männer besser als die von ihnen abgelösten Exponenten der Parteien in der Lage sind, die deutsche Not zu meistern, das deutsche Volk empor zu führen zu einer neuen nationalen und sozialen Schicksalsgemeinschaft auf einer höheren Ebene.

Reichsregierung und 40 Stunden-Woche

W. Genf, 2. Febr. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat gestern die Frage der 40stündigen Arbeitswoche behandelt. Der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Weigert, erklärte in der Aussprache, daß die neue deutsche Regierung noch nicht die Möglichkeit gehabt habe, zu der Frage Stellung zu nehmen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehe im Vordergrund des Programms der Reichsregierung. Die Prüfung der Frage der Arbeitszeitverkürzung werde auch von diesem Gesichtspunkt aus fortgesetzt werden. Die deutsche Regierung werde auf der kommenden internationalen Arbeitskonferenz im Juni dieses Jahres ihren Standpunkt eingehend begründen.

Der Vertreter der englischen Regierung legte den Standpunkt der englischen Regierung dar, die gegen den Abschluß einer internationalen Konvention über die 40stündige Arbeitswoche ist.



KPD-Umzüge in ganz Preußen verboten

Berlin, 2. Febr. Wie wir von unterrichteter preussischer Seite erfahren, sind Umzüge und Demonstrationen der Kommunisten im ganzen preussischen Staatsgebiet verboten worden. Auch die geschlossenen Versammlungen werden einer erhöhten Beobachtung der Polizei unterworfen. Ferner wird die Polizei auch den kommunistischen Sportverbänden, insbesondere denen für Schießsport, vermehrte Aufmerksamkeit widmen.

Schwerin, 2. Febr. Die mecklenburg-schwerinsche Landesregierung hat die Polizeibehörde des Landes angewiesen, grundsätzlich alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel der KPD und deren Nebenorganisationen zu verbieten.

Weimar, 2. Febr. Durch Landespolizeiverordnung sind Versammlungen unter freiem Himmel und Aufmärsche der KPD oder ihrer Neben- oder Hilfsorganisationen wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis auf weiteres verboten worden. Dergleichen sind Gelände- und Ordnungsbildungen dieser Vereinigungen verboten.

Braunschweig, 2. Februar. Wie wir erfahren, hat das braunschweigische Innenministerium an die Landespolizeibehörden eine Verfügung erlassen, wonach ähnlich wie in Preußen und anderen deutschen Ländern kommunistische Umzüge und Demonstrationen sowie Flugblattverteilungen zu verbieten sind.

Schwere politische Zusammenstöße im ganzen Reich

Altona, 2. Febr. Ueber schwere Zusammenstöße am heutigen Nachmittag meldet der Polizeibericht:

Am Donnerstag gegen 15 Uhr ereignete sich in Altona ein schwerer politischer Zusammenstoß, wobei eine Person getötet wurde und sieben weitere Personen Schwereverletzungen davongetragen haben. Etwa 30 Nationalsozialisten wurden zuerst am Rathausmarkt von politischen Gegnern bedrückt und hart bedrängt. Die Nationalsozialisten wehrten sich durch Abgabe einzelner Schüsse. Sie zogen in Richtung Königstraße weiter, wo sie auf die nachströmende Menge und zwei Polizeibeamte, die der Menge vorausgingen, nochmals schossen. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer. Nach Festnahme von fünf Nationalsozialisten wurden die in größerer Zahl erschienenen Nationalsozialisten, sowie die Nationalsozialisten aus der Menge heraus mit Steinen beworfen und beschossen. Die Polizeibeamten schossen wieder. Nach kurzer Zeit war die Ruhe wiederhergestellt.

In Bretten veranfaßten Kommunisten aus Durlach am Mittwochabend einen Umzug. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten. Mehrere Personen wurden verletzt, ein Kommunist ist einer Schußverletzung erlegen.

In Singheim veranfaßten die Nationalsozialisten am Mittwoch einen Aufmarsch. Es kam zu Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Arzt aus Steinbach und einigen SA-Leuten. Der Arzt schloß und verletzte einen SA-Mann schwer.

Bei Zusammenstößen in Duisburg am Donnerstagabend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurde die Ehefrau Gruth, die dem Ruf der Nationalsozialisten „Kehler zu!“ nicht nachgegeben war, durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß sie wenige Zeit später im Krankenhaus starb. Die Ermittlungen nach dem Schützen sind eingeleitet.

Nach Schluß einer Versammlung der Nationalsozialisten in der Zouballe in Düsseldorf wurde in der Nacht zum Donnerstag, wie die Polizei meldet, auf heimkehrende Nationalsozialisten ein Feuerüberfall verübt. Bei der entstehenden Schießerei wurden drei Mitglieder der kommunistischen Partei schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Die Schußpolizei entfaßte sofort ein starkes Kommando, das in kurzer Zeit die Ordnung wieder herstellte.

Gestern Abend demonstrierten in Witten an der Ruhr etwa 1000 Anhänger der SPD. Als sie an einem Lokal der RSDAP vorbeizogen, fielen mehrere Schüsse, die von Anhängern der RSDAP abgegeben wurden und 11 Personen trafen. Seiden von ihnen erlitten leichtere Verletzungen, die anderen 1 wurden schwer verletzt. Die Untersuchung der Vorfälle erfolgte in Gegenwart des Polizeipräsidenten.

Die Polizeipressestelle in Hamburg teilt mit: In der Nacht zum Freitag kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten und Kommunisten in Hamburg zu einem Zusammenstoß, bei dem Revolververletzungen gewechselt wurden. Drei Personen erlitten Schußverletzungen; ein 17jähriger Passant wurde durch Messertische im Rücken erheblich verletzt.

Berlin, 2. Febr. Die deutschnationalen Pressestellen teilt mit: Da Dr. Hagenberg durch die Übernahme der Wirtschaftsministerien in der regierenden Ausübung seiner Tätigkeit als Parteiführer beurlaubt ist, hat Dr. v. Winterfeld die ständige Vertretung des Parteiführers übernommen.

Württembergischer Landtag

Hybridendebatte

Stuttgart, 1. Febr. Im Landtag wurde am Dienstag nachmittags die Aussprache über die Frage der Hybridendebatte fortgesetzt. Die Abgeordneten Bauer (SPD), Arnold (NSDAP), Dr. Brandmann (Dem.), Bollert (SPD) und Dr. Otto Schmidt (Zentrum) traten für die lückenlose Durchführung des Reichsgesetzes ein, das die Entfernung der Hybridendebatte verlangt. Es wurde dabei geltend gemacht, daß der Qualitätsweinbau durch Hybridendebatte nicht beeinträchtigt werden dürfe, daß der gute Ruf der württembergischen Weine erhalten bleiben müsse. Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte als das unvermeidbare Ziel beim Weinbau die Qualität im Edelweinebau. Die Zulassung von Hybriden würde dem Qualitätsweinbau einen tödlichen Schlag versetzen. Es gebe in Württemberg immer noch zu viel Weinorten. Man müsse in Württemberg einen eigenen Rebwine züchten mit den Eigenschaften des Trollinger, der aber früher reif werde. Der Abg. Ulrich (Soz.) stellte den Antrag, von einer zwingenden Entfernung von Hybriden vorerst Abstand zu nehmen, wenn der Hybridendebatte nur in dem Hausbau des Besitzers verwendet wird. Auch der Abg. Haug (Komm.) stellte einen Antrag zugunsten des Hybridendebates, während der Abg. Kling (SPD) den Standpunkt vertrat, daß man die paar Hybridendebatte schonen sollte. Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt, dagegen der Ausschusstrang angenommen, wonach in Gemeinden mit Hybridendebatte beherrschte Vorträge über Edelweinebau gehalten und für die ausgebaute Hybridendebatte verbilligte Edelweineerträge geliefert werden sollen. Angenommen wurde auch ein Ausschusstrang, Strafen oder Strafanträge wegen verbotswidriger Anpflanzung von Hybriden zurückzuführen und für das Anpflanzen der Hybriden auf behördliche Anordnung eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Bei der dann fortgesetzten Beratung des Nachtragsesatzes teilte Wirtschaftsminister Dr. Maier eine Entschließung des Oberndorfer Bezirksrats mit, wonach man im Bezirk Oberndorf die überaus wertvolle Hilfe durch Gewährung des Staatsdarlehens an die Kaufwerke in Höhe von 244 000 M. wünscht, weil dadurch die Kaufwerke Oberndorf erhalten geblieben sind. In der Entschließung heißt es auch, daß das Wirtschafts- und das Finanzministerium für ihr tatkräftiges Handeln nicht Kritik, sondern Ansporn auf die dankende Bevölkerung verdient haben. Der Abg. Haug (Komm.) stellte den Antrag, den den Kaufwerken gegebenen Betrag wieder zurückzuführen. Während seiner Rede hatten sich zwei nationalsozialistische Abgeordnete im hinteren Saal den Kommunisten genähert. Nach seiner Rede gingen sie auf ihre Plätze zurück. Da rief der Abg. Bollert (Komm.): Jetzt geht die Schlagertonne zurück. Darauf erklärte Präsident Mergenthaler, daß die Zeit vorbei sei, wo man sich jede Beleidigung gefallen lassen müsse. Wenn die Kommunisten so weiterreden, würden die nationalsozialistischen Abgeordneten zur Selbsthilfe gezwungen sein. Im Hause herrschte nunmehr eine sehr erregte Stimmung. Der Abg. Dr. Maier (Dem.) bezeichnete es als unerhört, die Firma Maier als schändliches Ausbeuterunternehmen zu bezeichnen. Der Abg. Reiner (NSDAP) erklärte, die demokratische Partei sei des Landesverrats der Sozialdemokratie mitschuldig. Wehrhaft erklärte nun der Ruf: Käuf der Präsident ist etwas nicht? Die Abgeordneten Klugaber (Soz.) und Pflüger (Soz.) wurden dreimal zur Ordnung gerufen. Der Abg. Reiner (NSDAP) führte weiter aus, daß künftig mit den bezahlten Provokateuren von Sowjetrußland nicht mehr geredet, sondern handbreitlich gesprochen werde. Das Ansehen der Kaufwerke sei von den Nationalsozialisten nicht in den Dreck gezogen worden. Wirtschaftsminister Dr. Maier sprach von einem Rückzugsgefecht des Abgeordneten Reiner. Welche Worte hätte man der Regierung gemacht, wenn die Kaufwerke von Oberndorf weggezogen wären. Die Regierung stehe durchaus gerechtfertigt da. Morgen wird über die Angelegenheit abgemittelt werden. Außerhalb der Tagesordnung erklärte dann noch der Abg. Köhler (Komm.), daß sich seine Fraktion durch keine Drohung einschüchtern lasse. Er beantragte auch die Einberufung des Kesttenrats auf morgen vormittag 9 Uhr. Diefem Antrag wurde, nachdem ihn der Abg. Reil (Soz.) angestimmt hatte, entsprochen. Von dem Abg. Friedr. Schmidt (NSDAP) wurde erklärt, es sei unter der Würde des Landtags, daß der wegen Einbruchs mit Gefängnis ver-

bestrafte kommunistische Abgeordnete Haug Vorsitzender des Rechtsausschusses sei. Die Vollziehung des Landtags beginnt morgen um 10 Uhr.

Vom Kesttenrat des Landtags

Kritik an Präsident Mergenthaler

Stuttgart, 2. Febr. Heute vormittag um 9 Uhr trat der Kesttenrat zu einer Sitzung zusammen, in der in einer scharfen Aussprache an dem Verhalten des Landtagspräsidenten Mergenthaler in der gestrigen Sitzung des Landtags Kritik geübt wurde. Von verschiedenen Seiten wurde erklärt, daß der Landtagspräsident sein Amt ganz einseitig und als Partei-interessenvertreter führe. Präsident Mergenthaler vermahnte sich nachdrücklich gegen diese Vorwürfe. Nach langer Debatte wurde zum Schluß ein Antrag Andre (Ztr.) angenommen, daß noch heute der Sonderausschuß für Geschäftsordnungsfragen zusammentreten soll, um den § 69 der Geschäftsordnung (wegen fortgesetzter größter Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied nach wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen und, wenn nötig, aus dem Sitzungssaal entfernen lassen) wiederherzustellen, unter der Voraussetzung, daß dann ein anderer Geist in die Verhandlungen kommt und alle Parteien dazu beitragen, das Ansehen des Landtags zu wahren. Die Sitzung des Kesttenrats dauerte bis 11 Uhr. Bereits um 10 Uhr soll der Sonderausschuß zusammentreten.

Am 10 Uhr sollte das Plenum des Landtags wieder zusammentreten. Mit Ausnahme der an der Kesttenratsitzung teilnehmenden Abgeordneten war alles versammelt, die Abgeordneten, Stenographen, die Presse. Die Zusammentretenden waren wieder überfüllt. Aufgrund der gestrigen Vorfälle hatte die Polizei Vorkehrungen getroffen und auf allen Galerien, auch auf der Pressegalerie, Polizeibeamte in Zivil verteilt. Erst um 11 Uhr wurde mitgeteilt, daß die Sitzung abgesetzt wurde. Die nächste Plenarsitzung findet am Freitag mittag um 3 Uhr statt.

Ueber die Sitzung des Kesttenrats des Landtags wird noch ergänzend mitgeteilt, daß Landtagspräsident Mergenthaler seinen Standpunkt eingehend darlegte. Die gestrige Sitzung habe gezeigt, daß wegen der Nichtübernahme der Bestimmung über die Möglichkeit des Ausschlusses von Mitgliedern in gewissen Situationen Ordnungsgründe keine Wirkung haben. Diese Tatbestände müsse man vorausschauen, um die Lage eines Parlaments und seines Präsidenten in Zeiten politischer Hochspannung zu verstehen. Von Seiten der Kommunisten seien in dieser Sitzung gegen die Nationalsozialisten, die neue Reichsregierung und den Reichsanwalt mehrfache Angriffe gerichtet worden, wobei Ordnungsgründe vollständig wirkungslos geblieben seien. Angesichts der Tatsache, daß eine Fraktion, die sich als Vertreterin einer großen Bewegung fühle, sich nicht in dieser Weise beleidigen lassen könne, habe er als Präsident es für notwendig gehalten, zu erklären, daß, wenn diese Beleidigungen nicht aufhören, seine Fraktion sich genötigt sehe, zur Selbsthilfe zu greifen. Er verwies darauf, daß im preussischen Landtag der nationalsozialistische Präsident Rerri eine ähnliche Erklärung abgegeben habe. Er gehe von seinem Standpunkt nicht ab. Ein Mitglied der Nationalsozialisten beantragte darauf, den § 69 vorläufig wieder zu übernehmen. Er behauptete dabei, daß man jene Bestimmung feinerzeit herausgenommen habe, um dem nationalsozialistischen Präsidenten die Waffen aus der Hand zu schlagen. Dabei sprach der betreffende Abgeordnete von den Kommunisten als von einer Fraktion, die „aus notorischen Banditen, Räubern und Deterstüchtern bestehe“. Als der Präsident als Vorsitzender des Kesttenrats diese Ausführungen seines Fraktionsgenossen nicht rügte, drohte auch die Kesttenratsitzung auszuliegen. Ein Redner der Sozialdemokratie erklärte, daß die Kesttenratsitzung seinen Zweck habe, wenn in einem solchen Stille geredet werden dürfte. Jeder Präsident habe die Unterfütterung der Sozialdemokratie, wenn er gerecht für die Würde des Hauses sorgte, gleichgültig, welcher Partei der Störer angehöre. Mit der vom Präsidenten angeführten Selbsthilfe höre jeder parlamentarische Betrieb auf. Jeder Präsident, der gerecht verführe, werde stets eine Mehrheit des Hauses auf seiner Seite haben für Maßnahmen, die er zur Bekämpfung der Ordnung ergreife. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Präsident u. a., wenn aus den Protokollen hervorgehe, daß ein nationalsozialistischer Abgeordneter tatsächlich einem demokratischen Abgeordneten den Vorwurf des Landesverrats gemacht habe, werde er dieses Verhalten energisch rügen.

Zum Konflikt im Landtag

Stuttgart, 2. Febr. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Andre trat heute vormittag und zwar im Anschluß an die Sitzung des Kesttenrats der Sonderausschuß für Geschäftsordnungsfragen zusammen. Seitens der Abgeordneten Dr. Bannenschwarz und Fr. Schmidt (NSDAP) wurde folgender Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: § 69 der Geschäftsordnung wird übernommen mit der Maßnahme, daß zwischen „Androhung“ und „von der Sitzung“ die Worte ein-

Gut zu Fuß
mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung!
Fußstützen u. Bandagen
Neuzzeitliche
Fußpflege

Cweigel
DEALINGSTR. 2
Pforzheim

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von G. Kaiser.

Vertrieb: Romanverlag R. & D. Greiser, G. m. b. H., Raftart 55

Noch nie gab's so viel zu schwätzen wie an diesem Tage. Nachmittags gegen 4 Uhr stand Pepi vor dem Grafen. Der hieß ihn sehr freundlich willkommen.

„Ah, der Herr Pepi! Na, schmeckt immer noch, das Brot als Koch?“

„Und ob's schmeckt, Herr Graf! Ich bin noch nie so zufrieden und glücklich gewesen!“

„Und an den entsetzten Herrn Onkel denkst du nicht! Wissen's, Baron, ich wunder' mich selbst, daß ich so weiter ansehe! Ich hab'n Baron als Koch! Net auszuhalten!“

„Nix Schlimmes, der Baron hat nix, kein Geld net! Aber... heiraten möcht er!“

„Heiraten? Ja, was ist denn des? Ist denn heut' alles v'rankt worden?“

„Na, na, beim Alexander wär's schon möglich! Aber net bei mir!“

„Also wen möchtest denn heiraten?“

„Die Babetten!“ lachte Pepi mit strahlendem Gesicht. Das Gesicht des Barons veränderte sich jäh. „Die Babett?“ drehte er herum. „Wie kommst auf den Gedanken, Baron?“

„Weil ich das Mädchen so lieb hab'!“

„Nix feikamer, tiefer Bewegung blickte ihn Graf Marosch lange und nachdenklich an.“

„Die Babett! Die Kleine, liebe Babett! Die habens gern? Verzieh's ja! Ist so schön, ist die blühende Jugend!“

„Kuh man ja gern haben, wenn man anseht! Aber... was wird der Onkel dazu sagen?“

„Schmidjen wird er! Aber er hört a wieder auf!“

Baron. „Sie möchten da genau so wie der Alexander... Vochsprung, die ganz arg sind! Sinds beide Barone, sind vom Adel, ist sogar schon alter Adel, der Holgendorffsche. Denkens net an den Stand, dem Sie angehören, Baron?“

„Ich mein, das kann man net, wenn man reich ist und ich bin a arms' Luder.“

„Aber Sie werden doch mal Majoratsherr von Holgendorff!“

„Wenn der Herr Onkel noch net an Stamhalter kriegt, dann kanns werden!“

„Aber als Majoratsherr verlanats doch das Hausgesetz, da müssen's a ehndürftige Frau haben!“

„Das ist mir wurscht! Dann verzicht; ich auf das ganze Majorat!“

Graf Marosch horcht auf. Er will keinen Ohren nicht trauen. Sogt da einer frisch und fröhlich, daß ihm nix dran gelegen ist, ein vermögender Mann zu werden.

Er bearrit es nicht, aber sein Respekt vor Pepi wuchs. „So sehr liebens die Babett?“

„Ja! Net wahr, das wundern Sie, mich wundern's a! Aber's ist doch zum ersten Mal die Lieb! Was da g'vesen ist früher, nix... gar nix ist z'rublieben von die viele Liebchaften! Ich weiß schon, die Bekannten und Verwandten um mi, die werdens net begreifen, aber mit kommst garnet unnatürlich vor. Der Pepi war a Lustigut, jech hat er arbeiten gelernt und ich will arbeiten!“

„Ja... ja, was soll ich da sagen!“ meinte der Graf hilflos. „Mir ist so dumme im Kopf, ich versteh das alles net! Sie stellens die Welt auf den Kopf.“

„Pepi mochte ein pfiffiges Gesicht.“

„Ich hab meine Spekulation, Herr Graf!“

„Do bin ich aber neugierig!“

„Also hören's! Wenn der Onkel amal stirbt und der Stamhalter ist da, dann ist's sowieso aus. Net wahr? Und wenn der Stamhalter net da ist, da geh ich zu dem Raul Holgendorff, das ist der andere Vetter, der nach mir kom, und zu dem sag ich: Also du kannst das Majorat übernehmen, ich verzicht drauf, wennst mich abfindest, wennst mir 100 000 Kronen oder 50 000 Kronen auszobst! Und des tut der Raul, des weiß ich a'wusch! Und mit dem Geld fang ich was an! Des reicht dann schon zum Leben!“

Graf Marosch mußte lächeln.

Er reichte ihm die Hand. „Sie san ja ganz an Schauer! Also, wegen mir können's die Babett heiraten!“

„Ich dank schön, Herr Graf!“

Als der Pepi ihn mit freundestrahelndem Gesicht verlassen hatte, da setzte sich aber der Graf doch nieder und schrieb einen Eilbrief an den alten Holgendorff

Am Abend feierte Pepi seine Verlobung.

Alexander fragte die Kathrin, ob sie mitfeiern wollte; aber das Mädchen, das ganz still geworden war, schüttelte den Kopf.

Alexander blieb bei ihr bis nachts gegen elf Uhr, dann suchte er Pepi auf und feierte mit ihm.

Tessa hatte den Nachmittag damit verbracht, einen Brief an den Erzherzog Johann zu schreiben.

Rechnmal geriet sie den Brief, bis sie endlich die rechte Form gefunden hatte.

Sie sandte ihn mit einem Boten zur Bahn. Song sah sie an dem Fenster ihres Zimmers und sah in die Nacht. Sie betete für ihre Liebe.

Fortsetzung folgt.



gefügt werden; bis zu 20 Sitzungstagen unter Entziehung der auf die betreffenden Sitzungstage entfallenden Aufwandsentschädigung". In Begründung des Antrages wurde verlangt, es müsse ganze Arbeit gemacht und die Position des Präsidenten gestärkt werden. Der Abg. Andre (Str.) begründete demgegenüber seinen Antrag, der Landtag wolle beschließen: § 69 der Geschäftsordnung tritt mit sofortiger Wirkung wieder in Kraft. In der Aussprache, die teilweise sehr lebendig verlief, beteiligten sich Redner aller Parteien. Hierbei spielte die Tätigkeit des Präsidenten und dessen überparteiliche Haltung, die teilweise bezweifelt worden ist, eine große Rolle. Der Antrag der Nationalsozialisten wurde mit 5 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 2 Stimmentzweigerungen abgelehnt. Der Antrag Andre wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenom-

men. Darnach wird folgende Bestimmung in die Geschäftsordnung des Landtags aufgenommen: § 69. Wegen fortgesetzter größlicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied nach wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen, und wenn nötig, aus dem Sitzungssaal entfernen lassen. Der Ausschlußantrag wird am Freitag als erster Punkt auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden. Als Berichterstatter wurde der Abg. Andre bestimmt. Dem Bericht über die Sitzung des Kabinetts sind noch Ausführungen des Abg. Andre (Str.) nachzutragen. Er betont, daß mit Bestimmungen der Geschäftsordnung allein das Haus nicht arbeitsfähig bleiben werde. Es müsse wieder der Geist der Kollegialität Platz greifen; dazu könne und müsse jeder Abgeordnete selbst seinen Teil beitragen, sonst fliege eben der Landtag auf.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 1. Febr. Am letzten Sonntag hielt der im Oktober vorigen Jahres gegründete Arbeiter-Sportverein in der vollbesetzten Turnhalle seine erste Abendunterhaltung ab. Nach einer kurzen, kernigen Ansprache des Vorstandes, in welcher er die Erschienenen willkommen hieß, sowie allen Spendern und Mitarbeitern, die zum Gelingen des Abends beitrugen, seinen Dank abblätete, entwickelte sich gleich ein buntes Bild. Musik und Gesang wechselten mit sportlichen und theatralischen Darbietungen. Es war eine Freude, die durchtrainierten Körper der Sportler und Sportlerinnen und deren Übungen mitanzusehen. Dafür ernteten sie auch jedesmal tosenden Beifall. Nicht unerwähnt seien die Sprech- und Bewegungsspiele, die Bilder aus dem werktätigen Leben und Berrieben darstellten. Dazwischen hinein fand eine Gabenverlosung mit meist kulinarischen oder sonstigen Gegenständen statt, welche oft große Beifallstöße auslöste. Als letzte Nummer ging noch ein Lustspiel über die Bretter, das allen Mitspielenden uneingeschränkt vor einbrachte und nicht erkennen ließ, daß sich fast lauter Reulinge auf der Bühne bewegten; es zeigte sich, daß die Spielleitung in guten Händen lag. Ein Täuschchen, das der vorgeschrittenen Zeit wegen, wohl zum Leidwesen aller Zuhörer, ziemlich kurz ausfiel, schloß die in allen Teilen gelungene und harmonisch verlaufene Fester. Man trennte sich mit der Gewißheit, einige gemüthliche und genussreiche Stunden beim Arbeiter-Sportverein erlebt zu haben.

(Wetterbericht.) Die Wetterlage wird von der nördlichen Depression beeinflusst. Für Sonntag und Sonntag ist unbeständiges, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 1. Febr. Am letzten Sonntag hielt der Arie-ger- und Militärverein seine Generalversammlung im Adler ab. Eine stattliche Anzahl von Kameraden hatte sich eingefunden, ein Zeichen dafür, daß man trotz der heutigen schweren Zeit immer noch Interesse am Verein hat und Kameradschaft zu pflegen weiß. Vorstand Braun eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Kameraden herzlich, insbesondere den anwesenden Bezirkskommandant Schur, sowie den Bezirksführer Macco-Schwann, ferner Dr. Haffinger und die neu eingetretenen Kameraden. Er fuhr fort: Im letzten Jahre verlor der Verein drei gute treue Kameraden, Roth, Kollmer und Kuderger. Ihnen und all den vielen anderen Kameraden, die zur großen Arme abberufen wurden, zu Ehren erhoben sich die Kameraden von ihren Sitzen, in dessen das Lied vom guten Kameraden erkundete. Der Stand des Vereins beträgt 107 Mitglieder, darunter 2 Veteranen von 1870/71, 79 Kriegsteilnehmer 1914/18 und 10 Kriegsbeschädigte. Ihre goldene Hochzeit feierten die Kameraden Karl Bessinger und Friedrich Müller. Vom Bund erhielten die Kameraden nebst einem Gratulationsbroschen ein schönes Geschenk. Weihnachtsgeschenke wurden auch dieses Jahr an 10 bedürftige Kameraden gemacht. Eine der vornehmsten Aufgaben des Vereins ist die Fürsorgefrage, denn man will die Not der Kameraden so gut wie nur möglich lindern. Im letzten Jahre wurden einige Unterstützungsgeldscheine mit Erfolg an den Bund eingereicht. Von der Reichsverforgung wurde einem Kameraden ein namhafter Betrag zu teil. Einige Gesuche sind nach in Schwere. In die Erholungsheimen wurden einige Kameraden eingewiesen. Es folgte nun die Ehrung für 40jährige Zugehörigkeit zum Bund. Die Kameraden Burcher, Dellinger, Kuster, Weyer, Kollmer, Th. Müller, Bessinger, Fr. Müller und Dittus gehören 50 Jahre dem Württ. Kriegerbund an. Vorstand Braun überreichte mit herzlichen Worten jedem Kameraden ein Diplom und Ehrenschild. Zum Ehrenmitglied des Vereins wurde Dr. Haffinger ernannt. Kaffier Schmid gab den Kassenbericht. Die Ausgaben seien deshalb so hoch, weil der Verein Gelegenheit hatte, ein Grundstück zu erwerben, das zur Erhaltung eines Schießstandes sehr vorteilhaft war. Ihm wurde Entlastung erteilt. Schriftführer Arnold erstattete den Protokollbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß die Geschäfte des Vereins, sofern sie nicht von den dazu berechtigten Organen erledigt werden konnten, in einer Generalversammlung und 5 Ausschüssen erledigt wurden. Vorstand Braun dankte Kaffier, Schriftführer, Ausschuss und dem Vereinsdiener bestens für ihre aufopfernde Tätigkeit. Die Wahlen brachten nichts Neues. Durch Jura wurden sämtliche Funktionen einstimmig wiedergewählt. Man erteilte der Vorstand dem Bezirkskommandant das Wort. Derselbe freute die Begebenheiten im letzten Jahre und gab in längerer Ansprache die Ziele und Zwecke des Württ. Kriegerbundes kund. Noch schwerer in mancher Hinsicht als die Kriegsjahre 1914/18 sei die heutige Zeit. Doch wir wollen nicht verzweifeln, wir wollen uns nicht unterliegen lassen. Wir müssen durch! Es muß anders werden. Wir alle wollen mithelfen am Aufstieg unseres lieben Vaterlandes. Wir wollen nicht ruhen und nicht rasten, bis der Schandvertrag von Versailles gestrichen und getilgt ist. Der Kriegerbund hat insgesamt 740 Kleinalterverschüssen-Abteilungen mit rund 16 000 Schützen. In den Leistungen marschieren der Bezirk Neuenbürg an einer der ersten Stellen. Er hoffe und wünsche, daß auch im neuen Jahre der gute Geist weiter herrsche und wir recht bald wieder besseren Zeiten entgegengehen. Bezirksführer Macco dankte für die Einladung und gab in längerer Ansprache das Wichtigste über den Schießsport bekannt. Er schloß mit dem Wunsch, daß auch der Verein recht bald in den Besitz einer Schießanlage kommen möge. Ehrenmitglied Kamerad Dr. Haffinger dankte dem Verein in längerer eindrucksvoller Rede, und mit einem Dank auf unser liebes Vaterland, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, nahm die schon verlaufene Versammlung ihr Ende.

Birkenfeld, (Vogel- und Kaninchenzüchterverein.) In sehr stattlicher Anzahl hatten sich unsere Aktiven zu der am 28. Januar 1933 im „Kohle“ abgehaltenen Jahresversammlung in der vollbesetzten Turnhalle eingefunden. Vorsitzender Krummel hieß alle Anwesenden herzlich willkommen und gab nach Verlesung der Tagesordnung in kurzen Zügen einen Bericht über die erfolgreiche Tätigkeit, welche im verklossenen Geschäftsjahre auf unserem Gebiet erbracht wurde. „Der Mittelpunkt aller Veranstaltungen“, so berichtet das Preisgericht, „bildete wiederum die traditionelle Birkenfelder Votelausstellung, allem voran die vielseitige und lebenswerte Zwerghühnerabteilung.“ — Trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich

diesmal über 400 wohlgepflegte Tiere zum friedlichen Wettbewerb eingefunden, ein Erfolg, an den niemand im entferntesten gedacht hätte. Kleinerer Mangel, die sich nach ernährungs-wert gemacht hatten, wurden „fast zu ausföhrlich“ besprochen und für deren zukünftige Abstellung Sorge getragen. Schriftführer- und Kassenbericht zeugten von einem in jeglicher Weise gefundenem Vereindeuten. Kaffier E. Schachberger wurde deshalb durch Jura einstimmig wiedergewählt; als weitere Vorkämpfer gehören weiterhin Th. Bächtold, W. Häuser und W. Heintzelmann dem Verwaltungsrat an. Der Jahresbeitrag verbleibt wieder auf 150 RM., wogegen für Neueintretende kein Eintrittsgeld erhoben werden soll. Andere einheimischen Aussteller haben in letzter Saison, wie bereits an dieser Stelle mitgeteilt, auf den beschrittenen großen Schauen — auf der ganzen Linie — gefiegt. Der mächtig aufstrebenden Abteilung für Kaninchenzucht wird fünfzigjähriges höchstes Interesse und Jubelbeifall gewährt; auch die „fliegende Kolonne“ (Pfeifendornabteilung) hat wie immer die Vereinsfarben würdig vertreten. Bei der Aufstellung des Haushaltungsplans 1933/34 mußten im Rahmen der Vorarbeiten für die nächstjährige Regionale Deutsche Vogelabteilung in Stuttgart die rechtzeitige Schaffung eines Jugendzuchtvereines und die alsbaldige Anlegung einer Reisefolge weitgehend Berücksichtigung finden. Die erfolgreichen Jägerfreunde Göt. Bräuninger, Fr. Genshorn alt, K. Martin, Th. Kammel und K. Dellinger werden innerhalb gen. Kommission zur Beratung und Überwachung des notwendigen Jungtiermaterials bestimmt, die vier ergränzten gleichzeitig als Vertreter zur nächsten Gauversammlung in Unterriechenbach. Als Vertreter für die erstmalig zurückkehrende Reisefolge zeichnet W. Bauschinger. Die Votelausstellung 1933 ist wie immer 8 Tage vor unserer Kirchweih; der Zeitpunkt für die übernächste Süddeutsche Zwerghühnerausstellung — am hiesigen Platz — ist noch nicht festgelegt. K. Martin berichtet eingehend über die bisher geleistete Aufzuchtarbeit der hiesigen Ortsgruppe im größten deutschen Zwerghühnerverband, dem Südd. Zwerghühner-Club, gegr. 1911. Die Birkenfelder Zwerghühnerabteilung hat zur 1. Südd. Zwerghühnerausstellung in Reilingen a. Enz allein 5 Käfige ihrer Lieblinge gemeldet und fährt am Samstag, den 11. ds. Mts., nach 1. Uhr, mit ihren Freunden per Omnibus zu der betr. Veranstaltung. Fahrpreis 1,50 RM. Gäste herzlich willkommen. — Wir ermahnen hiermit alle hiesigen Kleinrentner zur freudigen Mitarbeit im neuen Geschäftsjahre aufgrund der Erfahrung, daß alles nur zum Besten, d. h. zum weiteren Ausbau unserer erfolgreichen Jägergemeinschaft geschehen soll und hoffen wir daher gerne, daß auch weiterhin die gewohnte „Pionierarbeit“ von allen Vereinsangehörigen geleistet wird. Im Zeichen der im kommenden Herbst in Rom stattfindenden Weltausstellung für Geflügel gelte unser alter Wahlspruch: „In althergebrachter Kameradschaft hilft einer dem andern.“ Die ersten Naturbrunnen sind bereits vor 8 Tagen geschlossen und nun: Gut Nacht 1933!

Bericht des Arbeitsamts Forzheim

über die Lage des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 16. bis 21. Januar 1933

In der zweiten Hälfte des Monats Januar hat sich die Arbeitsmarktlage infolge des Frostwetters weiter verschlechtert. Die rückläufige Tendenz hat anhalten. Die Zahl der Arbeits-suchenden ist um 14% auf 17 861, die der Unterstützungsempfänger um 637 auf 7296 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der unterstützten Anrbeiter zurückgegangen und zwar in der Schmutzwarenindustrie auf 2705, in den übrigen Gewerben auf 433, insgesamt auf 3138. Die Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Industrie der Steine und Erden sind infolge der kalten Witterung nahezu unbefähigt. Die Beschäftigung in der Industrie der Maschinen- und Metallverarbeitung sowie im metallverarbeitenden Handwerk ist unverändert ruhig. Auch die Schmutzwarenindustrie zeigt keinerlei Veränderung der Arbeitsmarktlage. Es bestand fast keine Vermittlungsmöglichkeit. Es machen sich bereits wieder Anzeichen auf weiteren Rückgang des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Im Holz- und Schalkstoffgewerbe hat sich die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt insbesondere bei den Sägewerken fortgesetzt. Auch im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Arbeitsmarktlage noch unverändert ruhig. Das Baugewerbe leidet unter der jahreszeitlichen Arbeitslosigkeit. Die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage bringt aber auch das Gastwirtschaftsgewerbe zu immer weiteren Einschränkungen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist auf einem Tiefstand angelangt. Selbst die Nachfrage nach Ausbildekräften ist wesentlich zurückgegangen, da an Ausgängen-tagen der Bedienung die Ausbildekräftig durch Familienangehörige versehen wird. In den Berufen der häuslichen Dienste hat die leichte Belegung des Arbeitsmarktes anhalten. Die Nachfrage nach geschulten Hausangestellten sowie nach jungen Halbtags- und Tagesmädchen ist etwas lebhafter geworden. Dagegen werden Zug- und Walschraunen nur vereinzelt gesucht. In den Angestelltenberufen ist keine Veränderung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Im Einzelhandel konnten nur einige junge Kontoristinnen für kurzfristige Ausbildebeschäftigung vermittelt werden. Die Schmutzwarenindustrie war nicht arbeitsfähig. Bei Reichs- und Stadtbedienen wurden in der Verdrängung Angehörige nicht eingestellt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse sowie das Evangelische Gemeindeamt hat eine Anzahl Büroangestellte zur Ausbilde angefordert. Für die technischen Angestellten ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor sehr ungünstig.

Württemberg

Altensteig, (Einbruchversuch oder Vaberei?) Abends wurde in einem hiesigen Ledengeschäft der Poststraße eine Vabekür eingedrückt. Mit lautem Krach, der die ganze Nachbarschaft erschreckte, floß plötzlich die geschlossene Vabekür auf, deren Scheibe zerbrach. Die elektrische Ladung trat sofort in Tätigkeit. Der Täter aber war spurlos verschwunden.

Stuttgart, (Zum Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“.) Die kommunizistischen Abgeordneten haben im Landtag den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu beauftragen, das vom Innenministerium erneut ausgebrochene Verbot

des Erscheinens der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, das sich bis zum 8. Februar einschließlich erstreckt, sofort aufzuheben.

Wöflingen, (Die Unruhen in Wöflingen.) Zu den Ausschreitungen in Wöflingen am Dienstag wird noch gemeldet, daß im Laufe des Mittwochs 17 Personen festgenommen wurden, die alle nach Tübingen verbracht und dort dem zuständigen Kottentburger Richter, der nach Tübingen kam, vorgeführt wurden. Die 17 Angeklagten, gegen die inzwischen Haftbefehl erlassen wurde, befinden sich alle noch in Tübingen. In weiteren Unruhen und Betriebsstörungen ist es nicht mehr gekommen, die Arbeit wurde in den Betrieben überall wieder aufgenommen. Drei Beamte der württembergischen politischen Polizei befinden sich noch in Wöflingen.

Göppingen, (Trauerfeier für Starre Dr. Engel.) Auf dem Friedhof in Klein-Göppingen fand am Mittwoch nachmittag die Trauerfeier für den am Sonntag verstorbenen Starre a. D. und weit über die deutschen Gänge hinaus bekannten Geologen Dr. Engel statt. Ein großes Trauergefolge aus nah und fern hatte sich eingefunden, um dem Dahingegangenen die letzte Ehre zu erweisen. Nach der kirchlichen Einsegnung des unter der Trauerkrone auf dem Friedhof aufgestellten Sarges sprachen am Grabe Prof. Angele-Tübingen für den Schwab. Altbereit, dessen treuer und eifriger Förderer der Verlebte war, Studiendirektor Kufelen-Stuttgart für die Verbindung, der der Verlebte angehörte, Univ.-Prof. Senft für die Geologische Abteilung der Tübingen Universität, Prof. Bräuhäuser für die Oberbayerische Geologen-Gesellschaft und für das württ. geologische Landesamt, Prof. Berthelmann für den Steingruben- und Bergbauverein, denen der Dahingegangene in treuer Anhänglichkeit angehörte. Außerdem widmeten die Vertreter der kirchlichen und weltlichen Behörden und Vereinigungen dem Toten ehrende Nachrufe. Die Feier begann und endigte mit Gesangsvorträgen des Kirchenchores Klein-Göppingen.

Epfendorf, (Der Brand auf dem Gutshof.) Der Brand des Gutshofes, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen ist, hat wieder eine neue ernsthafte Wendung genommen. Der seither immer noch in Untersuchungshaft befindliche Helfer Karl Zimmermann wurde am Montag an das Landesstrafgericht nach Stuttgart übergeführt. Auch die Ehefrau des Zimmermann wurde zu gleicher Zeit durch Kriminalbeamte der Brandpolizei in Jrslingen geholt und soll ebenfalls nach Stuttgart kommen.

Friedrichshafen, (Dr. Ecker in Niederländisch-Indien.) Dr. Ecker ist in Begleitung seiner Tochter und eines Vertreters des holländischen Konsulats für Luftschiffverkehr mit Niederländisch-Indien ins Batavia eingetroffen. Er erklärte nach seiner Ankunft, daß eine Luftschiffverbindung Marseille-Batavia im günstigsten Fall in 1 1/2 Jahren verwirklicht werden könne. Hierzu würden drei Luftschiffe nötig sein, und die Reise Marseille-Batavia werde 4 1/2-5 Tage dauern. Dr. Ecker beabsichtigt, sich 2-3 Wochen in Niederländisch-Indien aufzuhalten.

Vom Ries, (Tödliches Autounglück.) Der 39 Jahre alte Georg Strobs von Bending befand sich auf Geschäftsreise. Zwischen Hagenacker und Altdorf brach die Steuerung des Autos und der Wagen stürzte eine 17 Meter hohe Böschung hinunter. Der Chauffeur sprang noch rechtzeitig aus dem Wagen und konnte sich retten, während Strobs mit dem Wagen, der sich mehrmals überschlug, in die Tiefe stürzte und getötet wurde.

Künzelsau, (Naturheilkundige.) Zwei Stuttgarter Naturheilkundige hielten namentlich im Jagsttal Vorträge mit kostenloser Beratung am anderen Tage. Als „bekannte Redner und Biologen“ bezeichneten sie sich selbst. Die Vorträge waren empörend jämmerlich und die Beratungen endeten mit der Empfehlung von Heilmitteln aus der „Centralapotheke“: 40 Prozent billiger als in einer anderen Apotheke. Preis 14 Mark, ein Viertel anzuzahlen und Rest in einem Vierteljahr! Ein Landjäger nahm die beiden Volksheiler in ärztliche Voruntersuchung und gab sie zur weiteren Behandlung an das Amtsgericht Künzelsau.

Aus Bayern, (Ein sechsjähriges Mädchen rettet zwei Anaben.) Die beiden Anaben des Gastwirts Waraquad in Labum (Oberfranken) waren auf dem Eis eines Sees eingebrochen. Die 6 Jahre alte Tochter des Hauptwachtmeisters Boltrum sog die beiden, die schon untergegangen waren, unter eigener Lebensgefahr aus den eisigen Fluten.

Von der bayerischen Grenze, (Mit der Beihänge.) Die Landwirtin Maria Schmid in Eglau hatte sich eine Stoffnadel in die Hand getreten. Der Chemann entfernte die Nadel mit einer Beihänge (!). Daraufhin stellten sich fürchterliche Schmerzen ein, sodaß die Amputation eines Beines notwendig wurde. Die Frau konnte jedoch nicht mehr gerettet werden und starb an der ursprünglich kleinen Verletzung.

Vom bayerischen Allgäu, (Der Stiffoh im Auge.) Die 24 Jahre alte Landwirtin Tochter Mathilde Dreher von Gerwang bei Bernbeuren rannte sich den Stiffoh durch das Auge in den Kopf, was einen Schädelbruch verursachte. Das Mädchen wurde bewusstlos und blieb hilflos im Schnee liegen. Als es abends nicht nach Hause kam, begab man sich auf die Suche und fand es spät in der Nacht bei 17 Grad Kälte. Es wurde ins Krankenhaus Kaufbeuren eingeliefert, wo es bald darauf starb.

Ludendorff-Rundgebung in Stuttgart

Der Tannenberg-Bund ersucht um Aufnahme nachstehenden Berichtes.

Im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung sprachen Sonntag den 22. Januar 1933 General Ludendorff und Frau Dr. Mathilde Ludendorff in der Stadthalle in Stuttgart vor nahezu 7000 Angehörigen des Tannenbergbundes, Freunden und Interessenten der Bewegung, die das weite Rund der Halle füllten. Aus allen Teilen Württembergs, ja aus Baden und der Schweiz waren sie herbeigekommen, um den Heldenn des Weltkrieges und seine Frau zu hören.

Mit unerbitlicher Klarheit und Folgerichtigkeit zieht Ludendorff seine Schlüsse, mit unerbitlicher Eindringlichkeit erzieht er sie aus und zieht seine Folgerungen:

Durch artfremde Gläubigkeitslehre, die unsern Völkern aufzuzwingen wurde, entwurzelt, ging unserm Volk das artemäßige, übergenugstrenge Handeln verloren. Damit verlor es seine Selbsthaltungswille und seine Fähigkeit, fremden Trug klar zu erkennen und abzuwehren. Es empfindet nicht mehr den Widerstand und die tiefe Klau, die zwischen geistlichen Dogmen, artfremder christlicher Weltanschauung und dem heutigen Stand der Naturerkenntnis laßt, widerstandslos verfallt es Okkultlehren und Medienwunder. Das Volk soll durch Entwurzelung und Beschäftigung mit dem Okkultswunder davon abgehalten werden, das Ziel der überhauflichen Mächte, Rom und Juda, zu erkennen: die Zwangssozialisierung der Völker. Warum setzt sich das deutsche Volk nicht endlich zur Wehr? Warum war es in vierjähriger Kriegszeit so mutig und ist in diesem Kampf so abwehrlos? Warum wird es den Weg zur Rettung erkennen: frei von der Christenlehre, frei von Okkultismus jeder Art, in klarer Erkenntnis der Naturgesetze über die Selbstschöpfung des stofflichen Menschen zur Volkwerdung in Einheit, von Blut, Maude, Kultur und Würde! — Noch einmal erkläre die trauße Stimme Ludendorffs: „Ich bitte Sie sich zu Ehren des deutschen Volkes zu erheben“ und brausend erschallt das Lied der deutschen Abwehr durch die Halle.

Hatte General Ludendorff im weiten Rahmen das Wesen und Ziel der geheimen Weltmächte gezeigt, den Gegner, seine Kampfmittel und die Waffen zu seiner Vernichtung, so schöpft seine Frau aus reichem Wissen und schöpferischer Gestaltungskraft die Geistes der Seele: Kranke Menschen handeln anders wie gesunde, durch Nachahmung der unnatürlichen Handlungen Kranke können, ja müssen bei gefunden Menschen (schwere Seelenkämpfungen) auftreten, die zum künstlich erzeugten Irrsinn führen. Nahrungsoververehrung auf längere Zeit, Selbstverleumdung, das im gleichmäßigen Tonfall sich ununterbrochen wiederholende Verlegen weniger Worte, das im schlimmsten Fall sich bis zum Aussprechen eines einzigen Wortes steigert, alles Eigenschaften, die an einer bestimmten Art von Irrsinn erkrankte Menschen in den verschiedenen Stufen ihrer Erkrankung zeigen, sind als religiöse Gebrauche, als Riten, Gesetzmäßigkeiten u. v. in die indische Religion oder die Lehren des Okkultismus übergegangen. Sie veranlassen den Menschen zu Handlungen, die nicht im Sinne des Selbst-erhaltungswillens seiner selbst oder seines Volkes liegen. Und so dient dieser Seelenmissbrauch den Volkseindem als willkommene Handhabe zur Verwirklichung ihrer Ziele. Mit bestreuer Klarheit räumte Frau Dr. Ludendorff mit dem ganzen Schwindel von der Astrologie über die Selbsthypnose durch rhythmisches Atmen bis zur Yoga-Lehre und ihren Verbindungen auf, die sogar auf Unverständlichkeiten ruhen, wie Professor Dr. Bauer-Tübingen.

Mit Erschütterung und Entsetzen vernahm die Versammlung die Tatsache, die aus jüdischen Presseberichten stammt, daß das „Wunder“ der Marne-Schlacht, wie es die Franzosen nennen, seine natürliche Erklärung darin findet, daß der Generalstab des v. Moltke, unter dem das deutsche Heer 1914 in den Weltkrieg zog, stinkenden Einflüssen zugänglich war und unter dem Einfluß des „Mediums“ Liebeth Seidler, die als Krankenschwester verkleidet im Großen Hauptquartier war, das im Herbst 1914 in unübersehlichem Drang bis vor Paris durchgedrungen war, grundlos und lustig zurückschlug. Der herrsche nahe Friede war vertrieben, jahrelanger Stellungskampf, ungeheure Opfer an Blut und Gut, ein verlorener Krieg waren die Folge. Deutsche Mütter, die das Viehe gepöbert, denkt daran! „Sie gehen anders aus diesem Saal als Sie kamen! Ironie ist nicht unrecht! So belaste ich Sie mit einer ungeheuren Verantwortung: Es steht bei jedem deutschen Menschen, den Kampf zur Rettung unseres Volkes aufzunehmen.“

Sieghaft klang das Deutschland-Lied nach einer Weise von Dandel auf:

Deiner Feinde Dränen schreie dein Bolken nicht,
Sonnenschele Bege fähren dich zum Licht!

Immobilienhändler Alber zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt

Stuttgart, 2. Febr. Das Große Schöffengericht Stuttgart verurteilte den früheren Immobilienhändler Friedrich Alber aus Stuttgart nach lebenslänglicher Verhandlung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Dem Antrag des Staatsanwalts auf Erlassung eines Haftbefehls wurde nicht stattgegeben. Ebenso wurden dem Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt, weil er zum ersten Mal bestraft wurde. Die Verurteilung erfolgte wegen eines Vergehens der erdverwerteten Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung und wegen zwei Vergehens des Betrugs. Von der Anklage des Kreditwunders und den übrigen Anklagepunkten wurde er freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Angeklagte sehr auf seinen Vorteil aus war. Erschwerend wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte schon öfters in Verfahren dieser Art verurteilt war, ohne daß es allerdings bisher zu einer Verurteilung gekommen wäre.

Baden

Wörzheim, 2. Febr. Im Hinblick auf Sprechbüchse und Gefänge beim nächsten Umzug der KPD, hier, die sich in belebender Weise gegen Mitglieder der Reichsregierung richteten, sowie angeht die Vorgänge bei dem geführten Handel wurden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit Versammlungen der KPD, und deren Unterorganisationen unter freiem Himmel sowie Umzüge der KPD verboten.

Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein Neuenbürg.

Am Sonntag den 5. Februar findet in der Stadt. Turn- u. Festhalle unsere



Lokal-Ausstellung

statt, verbunden mit Prämierung und Verlosung.

Eintritt 20 J., Kinder 10 J., Lose 10 J.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein die **Ausstellungsleitung.**

NB.: Uns sehr zugedachte Gaben bittet man beim Vorstand oder am Sonntag morgen in der Turnhalle abzugeben.

Bezirks-Ziegen-Zucht-Verein Neuenbürg.

Unsere diesjährige **General-Versammlung**

findet am kommenden Sonntag den 5. Febr., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasth. „Sonnensburg“ in Neuenbürg statt. Alle Mitglieder sowie Freunde der Ziegenzucht sind freundschaftlich eingeladen.

J. A.: Dr. Boepple, Vorsitzender.

Ich setze demjenigen 25 Mark Belohnung

aus unter Stellung eines vermögenden Bürgen, der mir nachweist, wer meinen Kreditsvertrag mit der hiesigen Darlehenskasse, der angeblich verschwunden sein soll, gestohlen oder unterdrückt hat.

Carl Gentner, Schwann.

Radio-Katalog 1933

mit allen Neuheiten für 1933 erschienen. Kostenlos und unverbindlich wird Ihnen dieser hochinteressante u. ausführliche Katalog zugesandt. Schreiben Sie heute noch eine Postkarte, damit Sie sofort diesen übersichtlichen Führer erhalten.

Radio-Barth, Stuttgart, am Alten Postplatz

Handel und Verkehr

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Donnerstagmarkt am hdt. Vieh- und Schlachtvieh wurden angesetzt: 10 Ochsen (unverkauft 7), 1 Bull, 13 (4) Jungbullen, 27 Kühe, 92 (50) Kälber, 153 Kälber, 482 Schweine. Marktwert: Großvieh schleppend, Heberhand, Kälber ruhig, Schweine langsam.

Beize für 1 Pfund Lebendgewicht:

	2. 2.	31. 1.		2. 2.	31. 1.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen			Kühe		
a ausgemästet			c fleischig		
b vollfleischig	20-23	21-23	d geringgemästet		
c fleischig	17-20	17-20	Kälber		
Bullen			a feinste Mast- u. beste Saugkälb.		
a ausgemästet	22-24	22-24	b mitt. Mast- u. gute Saugkälb.	32-34	33-35
b vollfleischig	20-22	20-21	c geringe Kälber	27-30	27-31
c fleischig	19-20	19-20	Schweine		
Jungbullen			a über 300 Pfd.	38	38-39
a ausgemästet			b 240-300 Pfd.	37-38	38-39
b vollfleischig	22-25	22-25	c 200-240 Pfd.	36-37	37-38
c fleischig	20-21	20-21	d 160-200 Pfd.	35-36	35-36
d geringgemästet			e 120-160 Pfd.	33-34	33-34
Kühe			f unter 120 Pfd.		
a ausgemästet			Sauen		
b vollfleischig					

Viehpreise. Württemberg: Kühe 210-230, Kälber 235-290, Jungbullen 100-120 M. — Conzheim: Kälber und Böden 75-140, Kälber 280, Kühe 291 M. — Leonberg: Kälber 100-170, Kälbinnen 32-410, Kühe und Kälberkühe 290-330, Ochsen 300-370 M., Schaffhäuser 250-300 M. — Rillingen: Sauren 137-220, Ochsen 160-300, Kühe 120-310, Kälber 140-300, Jungbullen 81-156 M. — Rüdlingen: Bullen 115-240, Ochsen 230-350, Stiere 105-180, Kühe 130-290, Kälber 160-280, Jungbullen 50-110 M. — Sulz a. N.: Kälber 70-170, Kälbinnen 250-400, Kühe 150-270, 1 Paar Stiere 400-600 M. — Salen: Zuchtsauen 320-445 M.

Letzte Nachrichten

w. Berlin, 2. Febr. Nachdem der Reichspräsident die Neuwahl am Sonntag, den 5. März, festgesetzt hat, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarten vom 19. bis 26. Februar auszuliegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramm ersucht worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

w. Berlin, 2. Febr. Kurz nach 11 Uhr hat die Polizei die Befehle des Karl Liebknecht-Hauses vorgenommen und ist damit beschäftigt, sämtliche Räume des Gebäudes einer eingehenden Durchsuchung zu unterziehen. Ueber den Zweck dieser Aktion kann im Augenblick im Interesse der politischen Ermittlungen noch nichts genaueres gesagt werden.

Wie wir erfahren, handelt es sich bei der Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses nicht um eine Einzelaktion, sondern um eine auf fast ganz Berlin ausgedehnte polizeiliche Maßnahme. So wurden u. a. durchsucht die Räume der „Roten Hilfe“ in Schöneberg und ein kommunistisches Vertretorlokale im Süden Berlins.

Vertreter der Landwirtschaft bei Dr. Hugenberg

Berlin, 1. Febr. (Eig. Meldung.) Dr. Hugenberg empfing in seiner Eigenschaft als Ernährungsminister den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kallreuth, und den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes. Die Verhandlungen betrafen das Ernährungsproblem und die zugunsten der Landwirtschaft beabsichtigten Hilfsmassnahmen. In der Unterredung mit Präsident Brandes wurden insbesondere die zugunsten Österreichs und seiner Landwirtschaft getroffenen Massnahmen besprochen.

Inobesondere erklärte Dr. Hugenberg, daß er den schon im Dezember 1930 für die östlichen Provinzen von ihm im Reichstag eingebrachten Entschuldungsplan, nachdem nunmehr die landwirtschaftliche Not das ganze Land ergriffen hätte, als Gelegenheitsplan für die gesamte Landwirtschaft im Reichsabbett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur

Beschlußfassung bringen werde. Es sollten die Entschuldungsmaßnahmen im Osten dem generellen Plan angepaßt werden. Für die Zeit, bis zu der dieses Gesetzgebungswort wirksam werden könnte, solle ein Vorkreditplan für den Osten, über den inzwischen in einer Unterhaltung mit österreichischen Landwirten auch Reichsfangler Dittler Andeutungen gemacht habe. Schon bei dem feinerzeit aufgestellten Entschuldungsplan seien Maßnahmen vorgesehn gewesen, die eine Schädigung des Mittelstandes ausgeschlossen hätten. Das müsse auch jetzt in sehr starkem Maße zusetzen.

Kundgebungen an die Reichswehr

Berlin, 1. Febr. Der bisherige Reichsfangler und Reichswehrminister von Scheider hat folgende Abschiedskundgebung an die Wehrmacht gerichtet:

Wenn ich heute der Wehrmacht ein herzliches Lebwohl zurufe, so tue ich es mit tiefem Dank für die Zeit, in der ich kämpfen, arbeiten und mitbestimmen durfte, um die Wehrmacht zum Rückgrat einer überparteilichen nationalen Staatsführung zu machen und sie von den Fesseln von Versailles zu befreien. So gern ich mein politisches Amt verlasse, so schmerzt mir der Abschied aus einer Gemeinschaft, in der die alten Soldatengedanken der Treue, selbstloser Pflichterfüllung und echter Kameradschaft noch eine Selbstverständlichkeit sind. Mit den besten Zukunftswünschen für jeden einzelnen verbinde ich die Mahnung: Vergesse nie, daß Ihr Helfer und Förderer aller Volksschichten sein sollt und daß die Wurzeln Eurer Kraft im deutschen Volkstum liegen — das ganze Deutschland soll es sein. Vorwärts mit Gott!

Reichswehrminister von Blomberg hat anlässlich der Übernahme seines Amtes folgende Kundgebung an die Wehrmacht gerichtet:

Das Vertrauen unseres Oberbefehlshabers, des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg hat mich an die Spitze der Wehrmacht berufen.

Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Reichswehr nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches Machtmittel des Staates zu erhalten, sie durch Förderung aller auf die Wehrertüchtigung des Volkes blühenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum vollwertigen Bürgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes zu machen.

Rauschertagen in Königsberg

w. Königsberg, 2. Febr. Im Verlaufe eines trotz polizeilichen Verbotes von der kommunistischen Partei veranstalteten Singermarsches kam es verheerend zu Zusammenstößen und Ausschreitungen. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich gegen 12 Uhr auf dem Seeladam, wo mehrere Schüsse abgegeben wurden, durch die anscheinend auch einige Personen verletzt wurden. Die Demonstranten verließen den Platz zu hören, indem sie z. B. Autos ausfuhren und umwarfen.

An anderer Stelle wurde ein Nationalsozialist durch einen Pfefferhahn ins Gesicht verletzt. Ein Rechtsanwalt erhielt von einem Demonstranten mit einem Schlüssel einen Schlag über den Kopf, jedoch er mit einer blutenden Wunde ohnmächtig zusammenbrach. Die Polizei ist in voller Alarmbereitschaft.

Bei den kommunistischen Ausschreitungen wurden insgesamt drei Nationalsozialisten, ein Polizeihauptmann und vier Polizeiwachmeister verletzt.

Die Führerscheinnovelle des Reichsverkehrsministers

Berlin, 2. Febr. Der Reichsverkehrsminister legte in der heutigen Sitzung des Reichsrates eine Novelle zur Kraftfahrzeugverordnung vor, die die Zustimmung der Landesvertreter fand. Danach werden die Führerscheinklassen IIIa und IIIb zu einer neuen Klasse zusammengefasst. Die alten Führerscheine dieser Klassen sind künftig einander gleichwertig. Außerdem wird eine neue Klasse IV für Fahrzeuge bis zu 400 ccm Hubraum geschaffen, die unter den gleichen Voraussetzungen wie der Kraftfahrzeugführer erworben werden kann. Das bedeutet eine große Vereinfachung.

Der heutigen Ausgabe liegt ein Sonderdruck der Fa. Knopf, Wörzheim, bei betr. Weiße Wache, worauf wir hiermit hinweisen.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Auf die am Rathaus angeschlagene Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für 1932

an das Finanzamt wird hingewiesen.

Ratschreiber Schönberger.

W. Forstamt Calmbach. Oberförsterreiser.

Beigolz-Verkauf

am Freitag den 10. Februar 1933, nachm. 3 Uhr, an der „Jägerhütte“ im Kälbling aus Staatswald Distr. V Kälbling, Abt. 11 Rotwalen, 17 Rudenbrücke, 21 Buchbusch und 27 Blindbach (unterhalb Staatsstraße): Km.: Kalbs., 33 Scheller, 43 Klogh., 7 Anbr.; Nadelb.: 35 Schtr., 80 Anbr. (Kein Losverkauf, je 1-2 Nummern 1 Los).

Birkenfeld.

3 Zimmer-Wohnung

zu vermieten.

Langwiesenstr. 18.

Fremdschaft Neuenbürg.

Samstag abend 8 Uhr im Lokal

Haupt-Versammlung

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Samstag den 4. Februar 1933, vorm. 10 Uhr, in Neuenbürg:

1 Küchenkasten.

Zusammenkunft am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

Ottenhäuser. Schöne Läuferichweine und Dindriben zu verkaufen. Zu erfragen bei E. Vöhner, Wagner.

Verlobungs-Vernehmungs-

Karten

in reicher Auswahl empfiehlt die

E. Mehl'sche Buchhandl., Neuenbürg

Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland ständig das Heimatblatt, den „Enztäler“.

